

Wienscher Arbeiter-Zeitung

Organ des Soldatenrates

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 1.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Brokdorff-Rangau über den Anschluß Deutsch-Osterreichs.

Eigener Drahtbericht.

Wien, 23. Januar.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Brokdorff-Rangau, in welcher sich dieser über den Anschluß Deutsch-Osterreichs äußerte. Er sagte u. a.: „Ich glaube nicht daran, daß die Nationalversammlung es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgedanken kräftig zu betonen. Von unseren Gegnern hat sich allein Frankreich unbedingt dagegen ausgesprochen. Andererseits machen sich innere Widerstände einzelner wirtschaftlicher Interessenten und gewisser politischer Kreise in Deutsch-Osterreich gegen den Anschluß bemerkbar. Alle Deutschen, sowohl in Deutschland wie auch in Osterreich, sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein, was für die Zukunft auf dem Spiele steht um für die unvermeidlichen sozialistischen und parteipolitischen Kämpfe des Staates das große historische Ziel einer Wiedervereinigung nicht aus den Augen zu verlieren.“

Das preussische Staatsministerium gegen die Landestrennung.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar.

In der letzten Sitzung des Zentralkrates der deutschen sozialistischen Republik setzte es sich, daß das preussische Staatsministerium einmütig gegen die Aufteilung Preußens ist.

Im Reichsamt des Innern begann heute eine verbindliche Aussprache der Vertreter der deutschen Einzelstaaten über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, die ihr durch den Staatssekretär Preuß vorgelegt worden ist. Die Sitzung, in der die gesamte Reichsregierung, der Zentralrat und die Vertreter der Reichsstaaten teilnahmen, wurde von dem Volksbeauftragten Ebert geleitet. Die Verhandlungen befaßten sich zunächst mit dem ersten Teil des vorgelegten Entwurfes, mit der Frage der Umgrenzung und der Stellung der einzelnen Reichsstaaten innerhalb des Reichsganzen. Der Staatssekretär unterstrich in seinen einleitenden Ausführungen die dringende Notwendigkeit, das Reich als einheitlichen Körper zu festigen. Soweit die zur Zeit bestehenden Einzelstaaten solcher Lebensnotwendigkeit des Reichs entgegenstehen, müßten sie sich eine Umgestaltung gefallen lassen. Selbstverständlich könne die Neubildung von staatlichen Zusammenhängen nur nach dem Wunsch der betreffenden Volksteile vorgenommen werden.

In der Diskussion sprach im Namen des preussischen Staates Minister Hirsch. Er bekannte sich zu der Ansicht das Reichseinheitliche mehr als bisher auszubauen und erklärte, daß er der Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, den der Entwurf des Staatssekretärs Preuß leider nicht anstrebe, sympathisch gegenüber stände. Der jetzige Vorschlag aber verjage, die Einheit des Reichs einseitig und als zu sehr auf Kosten Preußens zu erzielen. Als Vertreter von Anhalt wandte sich Minister Heine gegen den preussischen Vorschlag. Durch die Aufteilung Preußens werde ein Bankapsel in das deutsche Volk hineingeworfen.

Das preussische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahlen der Gemeindevertretungen müssen bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem Maßstabe der Verhältniswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis.

Litauisches Hilfesuch an die Entente.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 24. Januar.

Der litauische Delegierte Sabris erklärte nach einem Havasbericht aus Paris einem Vertreter des „Petit

Parisien“ in Paris, daß die Litauer die Hilfe der Entente verlangen, um sich der Bolschewiki zu erwehren. Zur Zeit befänden sich in der amerikanischen Armee 50 000 Litauer, die bereit seien, für die Befreiung des Landes gegen den Bolschewismus zu kämpfen.

Nur die Friedenskonferenz entscheidet.

Wolffmeldung.

Paris, 24. Januar.

Ämtlich wird bekanntgegeben: Nach dem Zusammentritt des Obersten Kriegsrats hielten Präsident Wilson sowie die Premierminister und Minister des Inneren von Frankreich, England und Italien zusammen mit den Vertretern der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Diese billigte die Veröffentlichung und Funkentelegraphische Verbreitung der folgenden Erklärung: „Die Regierungen, die sich gegenwärtig auf der Konferenz zu dem Zweck vereinigt haben, einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, werden sehr bewegt durch die ihnen aus verschiedenen Teilen Europas und des Orients zugehenden Nachrichten, wonach mehrmals Gewalt angewandt wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuerkennung sich die Friedenskonferenz äußern soll. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung ergehen zu lassen und zu erklären, daß jeder durch Gewalt erworbene Besitzstand denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird.“

Dieserjenige, die Gewalt anwenden, erwecken den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit und Gültigkeit ihrer Ansprüche zweifeln und daß sie die Absicht haben, den Besitz an die Stelle des Rechtsbeweises zu setzen und ihre Souveränität eher auf die Gewaltanwendung als auf nationale Verwandtschaft zu begründen. Dies schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten und zeugt von ihrem Mißtrauen gegenüber der Konferenz selbst. Dies kann nur zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. Wenn sie die Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz in irgendeiner Art und Weise übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben läßt.“

Französische Konferenzfurcht.

Wolffmeldung.

New York, 24. Januar.

Die sozialistische französische Presse gibt, wie ein drahtloses Telegramm des Heerbedienstes besagt, den betreffenden Beweis, daß England und Amerika einig geworden sind. Sie legt der Regierung und den Diplomaten Frankreichs ans Herz, auf der Friedenskonferenz einen versöhnlichen Ton anzuschlagen, da Frankreich sonst alles verlieren würde. England und die Vereinigten Staaten hätten die Entscheidung auf der Friedenskonferenz in den Händen. Italien wäre für Frankreich eine nur sehr zweifelhafte Unterstützung. Der Glaube gewinne an Boden, daß die Konferenz von einer längeren Dauer sein werde und daß der diplomatische Friedensvertrag in diesem Jahre überhaupt nicht unterzeichnet werde.

Die mißstimmten Neutralen.

Wolffmeldung.

Christiania, 24. Januar.

Mit seltener Einmütigkeit verurteilt die hiesige Presse aller Parteinrichtungen die Beschlüsse der Alliertenkonferenz in Paris, welche die neutralen Staaten von Verhandlungen über die Liga der Nationen ausschließen. Das liberale „Berdens Gang“ schreibt u. a.: „Der Pariser Korrespondent des Reuterbureaus gibt in einem langen Telegramm die Mißstimmung wieder, die unter den Neutralen wegen ihrer Ausschließung von den Verhandlungen über die Liga der Nationen herrscht.“

Berlin, 25. Januar. W. L. B.

Laut einer Pariser Havasmeldung finden die Wahlen zur französischen Kammer im Juli oder Oktober statt.

Rücktritt General von Winterfeldts.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar.

In der gestrigen Vollziehung in Spaa kündete General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktrete. Den Anlaß gebe eine Mitteilung des Marshalls Foch, welche von General Nudant verlesen wurde. Foch erklärt darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen sechs Tagen vom 23. Januar, abends 6 Uhr, besetzt werden wird.

General von Winterfeldt erklärte sofort, daß er bereits General Nudant in einer privaten Unterredung mitgeteilt habe, daß er mit der Befehlsgebung dieses Brückenkopfes ein derartiges Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß er an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben werden würde, um Abberufung von seinem Posten bitten werde. Dieser Zeitpunkt sei nun eingetroffen. General Nudant bedauerte den Entschluß des deutschen Generals und Foch erkannte die vollendete Form der Beziehungen, die zwischen ihm und Winterfeldt geherrscht hätten, mit Freuden an.

Nach dem Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaa überreichten die alliierten Kommissionen gestern die deutschseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Vorsitzenden der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklärten darin übereinstimmend, daß nur die interalliierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission auf nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission bemerkte, die Nichterledigung der Gefangenenfrage sei unvereinbar mit dem Geiste des Waffenstillstandsabkommens. Es sei unerhört, daß bei einem solchen Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denke, die deutschen Gefangenen auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden.

General Nudant erklärte, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei notwendig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachgekommen sei. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, General von Winterfeldt, erklärte, er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden könnten, da sie unmögliche verlangten.

In einer lebhaften Auseinandersetzung mit General Nudant stellte die deutsche Kommission fest, daß Marshall Foch bereits am 15. Januar in Trier die Zahl der abgegebenen Lastkraftwagen mit 4442 angab und hinzufügte, von den noch fehlenden 558 seien bereits 548 zur Prüfung bei den alliierten Übergabekommissionen eingetroffen. Am 20. Januar sollen nur 4239 Wagen übernommen worden sein. Wenn die Abnahme der Lastkraftwagen sowohl als auch der Geschütze in etwas größerer Weise gehandhabt werden würde, so wäre die Ablieferung schon lange beendet.

In einer weiteren Auseinandersetzung über die Nichtbeantwortung einer Beschwerde erklärte General von Winterfeldt, er wende sich in dieser Form nicht etwa gegen einen einzelnen Fall, sondern gegen das ganze System. Marshall Foch selbst habe Journalisten in Trier gegenüber erklärt, die Nichtbeantwortung deutscher Noten geschehe absichtlich und systematisch. Eine solche Auffassung halte die deutsche Kommission mit der Würde der Verhandlungen unvereinbar. Falls keine Änderung in dem System eintrete, werde seine Stellung als Vorsitzender nur noch von kurzer Dauer sein. Nudant versicherte dem deutschen Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern der deutschen Kommission seine höchste Achtung. General von Winterfeldt nimmt von dieser Erklärung Kenntnis und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Taten den Worten Nudants entsprechen mögen. Er möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch auf eine in einer Unterkommission überreichte französische Note aufmerksam machen, deren Ton ein derartiger ist, wie er höchstens

einem tributären Staat, nicht aber der Regierung einer Großmacht gegenüber anständig ist. Er habe Anweisung gegeben, solche Noten künftig nicht mehr anzunehmen. Der französische Vorgesetzte entgegnete, er finde in der Note nichts, was zu diesen Einwendungen berechtigt. Es scheint ihm, daß der deutsche Vorgesetzte sehr empfindlich geworden sei.

Keine Verhandlungen mit den Polen.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar.

Die Nachricht, daß Verhandlungen mit den Polen in Berlin stattfinden, bestätigt sich nicht.

Aus Bromberg wird amtlich gemeldet: Bandenansammlungen in Dittendorf, Eichhorst und Brühlisdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden internieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Uraegend.

Aus Posen erfahren wir, daß auf Befehl des dortigen polnischen Armeekorps der private Telegramm- und Fernsprecherkehr nach außerhalb des von den Polen besetzten Gebietes der Oberpostdirektion in Posen und Bromberg von gestern ab eingestellt werden. Von der Beförderung ausgeschlossen sind fernerhin Briefe von Privatpersonen von und nach dem von den polnischen Truppen nicht besetzten Gebiet. Zur Beförderung in privatem Verkehr zugelassen werden außer Karten Geschäftsbriefe, die offen aufgefertigt werden müssen.

Ausweisung russischer Bolschewisten aus Spanien.

Wolffmeldung.

Madrid, 24. Januar.

Der österreichische Botschafter ist abgereist. In der Kammer hat der Republikaner Garcia gegen die Ausweisung der Russen aus Spanien protestiert. Romazono antwortete, dies sei notwendig, um zu verhindern, daß Spanien der Zufluchtsort unerwünschter Elemente werde.

Die Streikgefahr in England.

Wolffmeldung.

Berlin, 25. Januar.

Wie die Telegraphen-Union aus London meldet, erwartet man dort Lloyd George dringend zurück, damit er mit den Führern der Gewerkschaften in Sachen des Streiks Unterhandlungen führen kann. Laut „Star“ beträgt die Zahl der in der Bergwerksindustrie und in den verschiedenen Betrieben Streikenden 750 000.

Vorbehaltlose Anerkennung der russischen Revolution durch die Entente.

Savasmeldung.

Paris, 24. Januar.

In dem Vorschlage Wilsons über die russische Frage heißt es wörtlich: „Die Vertreter der assoziierten Mächte erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an.“ „Petit Parisien“ gibt folgenden Kommentar, der von einer ganz besonders hierzu ermächtigten Persönlichkeit herrührt: „Dadurch erkennt man alle Folgen der russischen Revolution, die den Pazismus betreffen, an, aber ohne daß dies eine Billigung der Handlungsweise der Bolschewisten in sich schließt.“

Die Unzufriedenheit der Pariser Presse über die Einladung an Rußland zu den Verhandlungen auf der Konferenz findet einen noch viel größeren Ausdruck als das Savastelegramm erwarten ließ. Mit wenigen Ausnahmen äußert sie die größte Empörung und Unzufriedenheit. Der „Temps“ sagt: „Es ist geradezu skandalös, daß man die bolschewistischen Vertreter in dieselbe Reihe stellt wie die ententefreundlichen Russen“, und fragt, wo der Unterschied zwischen gut und böse bleibe. Ähnlich schreibt das „Echo de Paris“. Zustimmung äußert sich neben einigen linksliberalen Blättern „Leuvre“.

„Humanité“ schreibt, daß die Anwesenheit Sazonows in Paris ein voller und ganzer Skandal sei und die Erinnerung an die traurige Epoche der Geheimverträge wachrufe. Sazonow sei der Mann des Schielens nach Konstantinopel und der Bedrückung der Randvölker. Aus den von den Bolschewiki veröffentlichten Depeschen gehe hervor, daß Sazonow die Diskussion der polnischen Frage absolut zurückgewiesen habe. Und so sehe der Mann aus, der, wie man glaubte, Polen wohlgesinnt sei. Seine Erklärungen zeigten, daß er nichts vergessen und nichts hinzugelernet habe.

Die Konferenz mit den Bolschewiki wird nach einem Pariser Telegramm des „Daily Telegraph“, das der „Lokalanzeiger“ wiedergibt, voraussichtlich nicht eröffnet werden, bevor sie ihre Truppen aus dem in der Einladung bezeichneten Gebiet zurückgezogen haben. Erst dann werde man an die Zuverlässigkeit Lenin und Trozkis glauben. Von verschiedenen Seiten werden Bedenken dagegen geäußert, daß wichtige Beschlüsse betreffend Rußland von einem Behnemannerrat und nicht von einer Plenarsitzung der Konferenz gefaßt wurden.

Die monarchistische Bewegung in Portugal.

Wolffmeldung.

London, 24. Januar.

Wie Reuter aus Lissabon meldet, sind die Forts und die besetzten Lager der Regierung treu geblieben.

In Lissabon haben sich die Kavallerie, ein Teil der Infanterie, 20 Geschütze und viele Zivilisten der Monarchie angeschlossen. Die Revolutionäre zogen sich gegen Ouelluz zurück. Die auf den Hügeln von Monsanto versammelten Truppen haben die monarchistische Flagge entfaltet. Eine Lissaboner Batterie beschloß die Truppen. Matrosen errichteten im unteren Teil Lissabons Barrikaden, weil sie das Vorrücken der Kavallerie von Monsanto erwarten.

Revolutionszeichen in Serbien.

Wolffmeldung.

Belgrad, 25. Januar.

Wie verlautet, wird Kronprinz Alexander die Pariser Räte nicht antreten wegen der Befürchtung einer poltischen Säuerung. Die Abwesenheit des Kronprinzen gebe den auf Umsturz Bedachten eine günstige Gelegenheit, die Republik auszurufen. Auf dem ganzen Balkan sind russische Agenten tätig, um für bolschewistische Ideen Anhänger zu gewinnen. In Bulgarien hat sich der sozialistische revolutionäre Bauernführer und Vertreter der extremen sozialistischen Bauern, Stambuliski, an die Spitze der Bewegung gestellt. Nach Serbien brachten die aus der Schweiz zurückgekehrten Politiker den revolutionären Gedanken. Das Ziel ist der Sturz der regierenden Dynastien und die Vereinigung aller Balkanstaaten zu einer föderativen Republik.

Die polnisch-ukrainischen Verhandlungen gescheitert.

Wolffmeldung.

Wien, 25. Januar.

Der ukrainische Pressedienst meldet: In Beginn der vorigen Woche fanden im Kampfraum von Lemberg polnisch-ukrainische Verhandlungen statt über einen Waffenstillstand bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz. Der polnische Generalstab verlangte die Räumung Ostgaliziens bis zur Buglinie, welche als vorläufige Demarkationslinie gelten soll. Von ukrainischer Seite wurde das polnische Verlangen als unerfüllbar bezeichnet, so daß die Verhandlungen ergebnislos blieben.

Elßaß-lothringische Einladung zu einem Bund der Unterdrückten.

Wolffmeldung.

München, 25. Januar.

Die elßaß-lothringische Autonomistenpartei ladet sämtliche nach Autonomie und Unabhängigkeit strebenden Völker, wie Irländer, Finnen, Litauer, Polen, Tschechen und Jugoslawen, Ukrainer, Perser, Inder usw. ein, sich dem von ihr angeregten Völkerbund der unterdrückten Stämme anzuschließen. In einem demnächst einzuberufenden Kongreß soll Stellung zur Wahrnehmung der Interessen auf dem Weltfriedenskongreß genommen werden.

